

# «Dulden in der Schweiz keine fremden Konflikte»

*In Bern kam es bei einer Demonstration zu gewalttätigen Ausschreitungen. Politiker fordern ein hartes Durchgreifen. 20Minuten, 15. September 2015*



Yvonne Gilli, Nationalrätin der Grünen, fordert: «Der Bundesrat muss sich an die Türken und Kurden in der Schweiz wenden und sie zum Frieden aufrufen.» (Bild: Keystone/Peter Klaunzer)

Es sind chaotische Szenen, die sich am Samstag in den Strassen Berns abgespielt haben: Eine Demonstration nationalistischer Türken traf auf dem Helvetiaplatz auf eine Gegendemonstration von Kurden. Es kam zu gewalttätigen Auseinandersetzungen, die von der Polizei nur durch den Einsatz von Tränengas und Gummischrot beendet werden konnten.

Gleichzeitig fuhr unterhalb der Kirchenfeldbrücke ein Türke mit seinem Auto in eine Gruppe kurdischer Demonstranten. Am Samstagabend zog die Berner Kantonspolizei schliesslich Bilanz: 22 Verletzte sind zu beklagen.

## «Die Schweiz muss ein Zeichen setzen»

SVP-Nationalrat Thomas Hurter ist empört: «Was in Bern geschehen ist, ist absolut katastrophal.» Es dürfe nicht sein, dass ausländische Gruppierungen ihre Konflikte in der Schweiz austragen würden. In der Schweiz herrsche eine Kultur des Friedens und

der Demokratie, die von niemandem missachtet werden dürfe. «Wer sich nicht an die hiesigen Gesetze hält, muss zur Rechenschaft gezogen werden.»

Die Verantwortlichen der Krawalle müssten sich vor der Justiz verantworten und in aller Härte bestraft werden. Die Einsätze der Polizei müssen von allen Parteien unterstützt werden, verlangt Hurter.

### **Demos sollen stattfinden können**

FDP-Nationalrätin Corina Eichenberger-Walther sieht es ähnlich: «Einige dieser Personen haben noch nicht verstanden, wie man in der Schweiz Konflikte austrägt.» Die demokratische Struktur der Schweiz biete keinen Platz für gewalttätige Auseinandersetzungen. Die Polizei müsse in Zukunft noch genauer prüfen, ob die Sicherheitsvoraussetzungen für die Bewilligung einer kurdischen oder türkischen Demonstration gegeben sind.

### **Kein Verbot für PKK**

Yvonne Gilli, Nationalrätin der Grünen und Präsidentin der parlamentarischen Gruppe «für die Beziehungen zum kurdischen Volk», ist nicht überrascht, dass es in Bern zu Auseinandersetzungen kam: «Die Spannung zwischen Türken und Kurden ist im Moment riesig.» Man dürfe nicht vergessen, dass viele Kurden und Türken in der Schweiz noch Verwandte im Konfliktgebiet hätten, weshalb die Wut auf das andere Volk jeweils sehr gross sei.

Laut Gilli braucht es nun politische Akteure, die zwischen den beiden Gruppierungen vermitteln: «Der Bundesrat muss sich an die Türken und Kurden in der Schweiz wenden und sie zum Frieden aufrufen.» Beide Seiten seien in der Schweiz in Sicherheit und hätten keinen Grund, sich gewalttätig zu verhalten. Die PKK in der Schweiz zu verbieten, wie es bereits in den USA oder in der EU geschehen ist, wäre für Gilli hingegen kontraproduktiv: «Wenn man durch solche Sanktionen Stellung bezieht, giesst man zum jetzigen Zeitpunkt nur Öl ins Feuer. Gewalttätige Aktivitäten aber sind von beiden Seiten inakzeptabel und strafrechtlich zu ahnden.»

Im Sicherheitsbericht 2015 des Nachrichtendienstes heisst es, die PKK sei als gewaltextremistische und terroristische Gruppierung anzusehen, die «gezielt Vertreter in Europa und in der Türkei» mobilisiere. Bisher beschränkten sich ihre Aktivitäten in der Schweiz auf Propaganda und Kundgebungen. «Bei einer Verschärfung der Lage in den Kurdengebieten sind aber auch in der Schweiz gewalttätige Ausschreitungen möglich.» Der Nachrichtendienst wollte sich auf Anfrage nicht dazu äussern, ob sich die Gefahreneinschätzung in den letzten Monaten verändert hat. Auch war nicht zu erfahren, ob im Zusammenhang mit dem Konflikt neue Gruppierungen aufgetaucht sind oder Personen überwacht werden.

(20 Minuten)